

ging eine Verdreifachung des chinesischen Anteils auf dem EG-Fahrradmarkt auf 10% voraus. Außerdem erwägt die EG derzeit Restriktionen bei der Einfuhr von Spielzeug und Schuhen. (FT, 29.4.93)

Die Gespräche mit der EG zielen aus chinesischer Sicht auf die notwendige Unterstützung der europäischen Staaten bei Chinas Wunsch, in das GATT aufgenommen zu werden. Außerdem bemüht sich China, mögliche protektionistische Maßnahmen von seiten der EG abzuwenden. (FAZ, 30.4.93)

Dem Bericht der FEER zufolge, endeten die Gespräche mit der Zusage der EG, den GATT-Antrag Chinas zu unterstützen. Die chinesische Seite soll im Gegenzug neue Einkaufsmissionen in die EG zugesagt haben. Weiterhin verständigten sich die Gesprächspartner auf die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, um eine fortlaufende Analyse der bilateralen Handels- und Kapitalströme durchzuführen. Hierbei sollen Fragen wie nichttarifäre Handelshemmnisse, Chinas Verhalten in bezug auf den Schutz geistigen Eigentums und gesetzliche Bestimmungen für Joint Venture-Unternehmen besonders berücksichtigt werden.

Obwohl auch die Menschenrechtsfrage in China von der EG-Delegation angesprochen wurde, beabsichtigt die EG im Vergleich zu den USA nicht, die Zusage der Meistbegünstigung an Verbesserungen auf diesem Gebiet zu binden. -schü-

*(28)

Anstieg der Auslandsverschuldung

Ende 1992 erhöhten sich die Auslandschulden auf 69,3 Mrd.US\$ (1991 +15,2% auf 60,56 Mrd.US\$), ein Anstieg um 14,4%. Von den gesamten Auslandsschulden entfällt ein Anteil von 58,5 Mrd.US\$ auf lang- und mittelfristig und ein Anteil von 10,8 Mrd.US\$ auf kurzfristig rückzahlbare Auslandskredite.

Qu Youzhang, Leiter der Abteilung für Auslandsinvestitionen bei der Staatlichen Planungskommission, kündigte an, daß die Nachfrage Chinas in diesem Jahr nach Auslandskrediten unter 10 Mrd.US\$ bleiben wird. Bis Ende 1995 rechnet Qu Youzhang damit, daß die Auslandsschulden einen Umfang

von 70 Mrd.US\$ erreichen werden. Trotzdem werde die Schuldendienstquote [Verhältnis von Schuldendienstzahlungen zu Exporten als Indikator der Kreditwürdigkeit eines Landes] unter 20% - der international als sicher betrachteten Marke - bleiben. Aufgrund der Exporterfolge habe sich Chinas Kreditwürdigkeit stetig verbessert.

Zwischen 1979-1991 sollen Auslandskredite in Höhe von 60 Mrd.US\$ aufgenommen worden sein, ein Anteil von 40 Mrd.US\$ entfiel auf die Periode 1986-1990. (CD, Business Weekly, 25.4.-1.5.93, S.1; AWSJ, 26.4.93)

Aufgrund des Importbooms im letzten Jahr sanken die Devisenreserven der Zentralbank um 10 % bzw. um 2,2 Mrd. US\$ auf 19,4 Mrd.US\$. (NZZ, 20.4.93) -schü-

*(29)

Guangzhouer Frühjahrsmesse

Die auf zehn Tage verkürzte Frühjahrsmesse in Guangzhou endete am 24.4.93 mit einem vergleichbaren Umsatzniveau wie die Frühjahrsmesse im letzten Jahr. Einem Bericht der *China Daily* vom 26.4.93 zufolge, sollen Vertragsabschlüsse in Höhe von rund 6 Mrd.US\$ getätigt worden sein. Ein hoher Anteil der Verkaufsabschlüsse entfiel auf die Provinz Guangdong mit 900 Mio.US\$. Mehr als 2.700 inländische Handelsunternehmen sollen auf der Exportmesse durch 45 Delegationen vertreten worden sein.

Die Reduzierung der Messedauer von ursprünglich 15 auf 10 Tage und die Beschränkung auf leichtindustrielle Produkte und Textilien hatte demnach nicht einen Umsatzrückgang zur Folge. Allerdings waren die Besucherzahlen auf dieser Frühjahrsmesse mit rund 40.000 (SCMP, 27.4.93, spricht von 38.300 Besuchern) deutlich geringer als im letzten Jahr (48.600 Besucher). Während die Zahl der Messebesucher aus Taiwan, Europa und den USA gestiegen sein soll, kamen weniger Geschäftsleute aus Japan und Hongkong. Die SCMP führt dies auf die Beschränkung der Messe auf leichtindustrielle Produkte und Textilien zurück. -schü-

Binnenwirtschaft

*(30)

Wirtschaftsentwicklung 1.Quartal 1993

In den ersten drei Monaten d.J. erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 14,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode und betrug 527,8 Mrd. Yuan. Nach Angaben von Zhang Zhongji, Sprecher des Staatlichen Statistikkamtes, war dies die höchste Wachstumsrate im 1.Quartal eines Jahres seit 1985. (XNA, 20.4.93)

Industrie: Der industrielle Bruttoproduktionswert (BPW) erhöhte sich im 1.Quartal um 22,4% gegenüber der Vorjahresperiode und betrug 744,1 Mrd. Yuan. Allein im März stieg der BPW um 26,1% im Vergleich zum BPW vom März 1992. (XNA, 23.4.93) Die höchste Zuwachsrate des BPW in den drei Monaten verzeichnete die Provinz Jiangsu mit 53%, gefolgt von Hainan, Guangdong, Jiangxi, Hubei, Shandong, Fujian, Zhejiang und Anhui, deren Wachstum 20% überschritt. (CEN, 3.5.93)

Der Beitrag der nichtstaatlichen Unternehmen zum BPW war besonders hoch. So stieg der BPW der ländlichen Industrie um 76,9% und der Unternehmen mit ausländischem Kapital um 63,6%, während die Zuwachsrate in der staatlichen Industrie 8,7% ausmachte; die kollektiveigenen Unternehmen verzeichneten ein Wachstum von 42,4%. (XNA, 23.4.93)

Auch der Umsatz industrieller Produkte nahm mit einem Verkaufsvolumen von 683 Mrd.Yuan um 26,1% zu. Regional betrachtet, stieg der Verkaufsumsatz industrieller Produkte in Ostchina, das viele sino-ausländische Joint Ventures und eine entwickelte ländliche Industrie sowie einen Anteil von 77,2% am gesamten Verkaufsumsatz aufweist, um 31,8%, während Zentral- und Westchina einen Zuwachs von 15,8% bzw. 13,65% verzeichneten. (XNA, 20.4.93; BRu, 4.5.93)

Die wirtschaftliche Effizienz soll sich aufgrund des Anstiegs der Gewinne und Steuerablieferungen verbessert und die Verluste reduziert haben.

(XNA, 14.3.93) Für den Zeitraum Januar und Februar 1993 wird eine Erhöhung der Gewinne und Steuern um 41,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode gemeldet. Der Umfang der Gewinne und Steuern betrug insgesamt 39,78 Mrd. Yuan, der Anteil der Gewinne machte 13,11 Mrd. Yuan aus und stieg damit um das 2,1fache gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Der seit kurzem eingeführte Index zur Messung der wirtschaftlichen Effizienz weist für die Januar- bis Februar-Periode einen Wert von 84,11 aus und liegt damit 10,77 Punkte höher als im Vorjahreszeitraum. Dieser Anstieg wird einerseits auf das schnelle Wachstum der Industrieproduktion und andererseits auf Preissteigerungen zurückgeführt. Unterschiedliche Effizienzindizes gelten für die staatliche Industrie mit 88,10 und für die kollektiveigenen Unternehmen mit 75,90. Die Unternehmen mit ausländischem Kapital weisen einen Effizienzindex von 100,55 und die ländliche Industriebetriebe von 85,3 aus. Bezogen auf einzelne Regionen erreichten Beijing, Zhejiang, Guangdong, Yunnan und Gansu einen höheren Index von über 100 Punkten, während die Innere Mongolei, Liaoning, Jilin, Heilongjiang, Jiangxi, Hainan, Shaanxi und Qinghai unter 70 Punkten blieben. (XNA, 23.4.93)

Auch im 1.Quartal d.J. stiegen die *Anlageinvestitionen* weiter schnell an. Allein im staatlichen Sektor betrug der Zuwachs 70,7% bzw. 58,8 Mrd. Yuan. Zhang Zhongji erklärte diese Entwicklung mit der Fortführung solcher Projekte, die 1992 noch nicht abgeschlossen waren, und mit der Ausweitung der Rechte der Lokalregierungen über Investitionsentscheidungen; die Zunahme der Anlageinvestitionen lokaler Regierungen habe 80,9% im Vergleich zur Vorjahresperiode betragen. Als weitere Gründe nannte Zhang Zhongji eine Zunahme der Investitionen aufgrund größerer eigener Finanzmittel [der Unternehmen ?] sowie den Anstieg der Baukosten. Die Zunahme der Investitionen führte Zhang Zhongji zufolge zu einer Preiserhöhung bei Materialien und Energie. Auch die Engpässe im Transportbereich, insbesondere im Eisenbahntransport, hätten sich verschärft. (XNA, 20.4.93; Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 19.4.93 in SWB, 21.4.93) Wie die CEN am 3.5.93 berichtet, sank das

gesamte Frachtvolumen im 1.Quartal sogar um 1,4%, während der gesamte Energieoutput lediglich um 4% stieg. Dies verstärkte die Widersprüche zwischen einem hohen Industriewachstum und einer schleppenden Entwicklung der industriellen Grundlagenbereiche.

Der *Einzelhandelsumsatz* erhöhte sich in den ersten drei Monaten um 16,2% und belief sich auf 309 Mrd. Yuan. Die Preissteigerung bezogen auf den Einzelhandelsindex betrug im 1.Quartal 8,6% und war damit deutlich höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres (3,2%) und höher als die durchschnittliche Inflationsrate von 5,4% im Jahre 1992. Das Pro-Kopf-Einkommen der Städter stieg im genannten Zeitraum um 27%, während die ländliche Bevölkerung lediglich eine Zunahme der Einkommen um 15% sah. (XNA, 20.4.93; Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 19.4.93, in SWB, 21.4.93)

Im *Außenhandel* betrug der Anstieg der Exporte im 1.Quartal lediglich 7,4% (16,09 Mrd. US\$), der Importanstieg dagegen machte 25,4% (17,26 Mrd. US\$) aus.

Als besondere Probleme wies Zhang Zhongji in seinem Bericht darauf hin, daß die Inflationsrate nach Aufhebung von Preisbeschränkungen deutlich gestiegen sei und daß aufgrund der zu hohen Anlageinvestitionen Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung entstanden seien. Weiterhin erläuterte Zhang Zhongji, daß der industrielle Bruttoproduktionswert durch den Verkaufsumsatz als Meßgröße zur Orientierung der Unternehmen auf höhere wirtschaftliche Effizienz ersetzt wurde. Nach wie vor würden viele Unternehmen Produkte herstellen, die unverkäuflich seien und eine Belastung für die Gesamtwirtschaft darstellten. (Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 19.4.93, in SWB, 21.4.93) -schü-

*(31)

Inflationsanstieg beschleunigt

Während der durchschnittliche Anstieg des Einzelhandelspreisindex 8,6% betrug, erhöhten sich die Preise in den 35 großen Städten des Landes um 15,7% im 1.Quartal 1993 im Vergleich zur Vorjahresperiode. Der Preissteigerung betrug in Beijing 14,6%, Tianjin 12,3%, Shanghai 16,7% und in Guangzhou 17,2%.

Als einen Grund für den Anstieg der Inflation nannte das Staatliche Statistikkamt die Vereinheitlichung der Getreideankaufs- und Wiederverkaufspreise in den großen Städten seit Oktober letzten Jahres sowie die Erhöhung der Preise für Brennstoffe und bestimmte Dienstleistungen. Nach Angaben von Qiu Xiaohua, stellvertretender Direktor des Staatlichen Statistikkamtes, haben die Preisfreigaben zu einem Anteil von rund einem Drittel zum gesamten Preisanstieg beigetragen.

Insgesamt hätten 1.200 Städte und Kreise in 16 Provinzen die Preise für Getreide freigegeben mit der Folge, daß sich die Getreidepreise um 33% im 1.Quartal erhöht haben. Gleichzeitig seien die Preise für Brennstoffe um 30%, für Baumaterialien um 20%, für landwirtschaftliche Investitionsgüter um 8,5% sowie für Dienstleistungen um 25% gestiegen. Wie das Statistikkamt berichtet, übersteige das gesamte Angebot jedoch noch um 6% die gesamte Nachfrage im 1.Quartal; dies gelte auch für den Konsumgütermarkt. Eine Untersuchung der Angebots- und Nachfragesituation von 582 industriellen Konsumgütern zeige, daß bei 95,9% der Produkte eine Gleichgewichtssituation bestehe bzw. das Angebot größer als die Nachfrage sei.

Mit Blick auf das Geldangebot wies der Sprecher des Staatlichen Statistikkamtes Zhang Zhongji darauf hin, daß ursprünglich im 1.Quartal die zirkulierende Geldmenge reduziert werden sollte. Dies sei jedoch nicht geschehen und 20 Mrd. Yuan seien im Umlauf verblieben, um ausreichende Finanzmittel für landwirtschaftliche Inputprodukte sowie für die Bezahlung der an die Bauern ausgegebenen Schuldscheine bereitzustellen. (XNA, 20.4.93)

Der steigende Inflationsdruck, ausgelöst durch das zu hohe Geldangebot, die exzessive Steigerung der Anlageinvestitionen und die Freigabe staatlich gebundener Preise, läßt die chinesische Regierung inzwischen über neue restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen nachdenken. Nach Angaben von Wang Zhongyu, Direktor der neu gegründeten staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission [Nachfolgeorganisation des Wirtschafts- und Handelsbüros], sollen der Anstieg der Anlageinvestitionen und die Kreditvergabe stärker kontrolliert werden. Wel-

CHINA aktuell

che Maßnahmen geplant sind, um den weiterhin schnellen Anstieg der Geldmenge (M 2-Geldmenge +30,6% 1992) zu bremsen, wurde jedoch noch nicht deutlich, obwohl Wang Zhongyu Zinserhöhungen andeutete. (FT, 10.5.93)

Der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji kündigte in einem Interview Anfang Mai mit dem *Handelsblatt* eine Erhöhung der Einlagenzinsen an, um größere Anreize zum Sparen zu setzen. In dem Interview bezeichnete Zhu Rongji die derzeitige Wirtschaftsentwicklung jedoch nicht als überhitzt, lediglich in den Küstenregionen seien Überhitzungserscheinungen aufgetreten. Auch die Inflationsrate sei durchaus vertretbar und in ihrer Höhe vergleichbar mit der Hongkongs. Als Ursache der Inflationssteigerung nannte Zhu Rongji die Preisreformen bei Konsumgütern und Agrarprodukten sowie Produktionsgütern. Problematisch sei die derzeitige Einrichtung zu vieler Industriezonen, die Entwicklung des Immobilienmarktes sowie die ungenehmigte Ausgabe von Wertpapieren und Aktien zur Kapitalbeschaffung. (HB, 10.5.93, S. 3)

Wesentlich kritischer wird die Inflationsgefahr von Thomas Chan vom China Business Center, Hongkong, eingestuft. In einem Artikel in der SCMP-Beilage *China Business Review* vom 25.4.93 geht Chan von einem weiteren Preisanstieg im nächsten halben Jahr aus, da sich dann die aus der Kostensteigerung bei Produktionsgütern resultierende Inflation mit einer gewissen Zeitverzögerung auf den Konsumgüterbereich auswirken werde. Die derzeitige Inflation sei nicht nachfrageinduziert wie Ende der 80er Jahre, sondern trage die Merkmale einer cost-push-inflation. In den ersten zwei Monaten d.J. sei der Preisindex für Produktionsgüter nach offiziellen Angaben um 35,5% gegenüber der Vorjahresperiode gestiegen. Für die gesamten Produktionskosten geht Chan von einer Erhöhung um rund 40% aus. Dieser Kostenanstieg wirke sich auf die Preise von Konsumgütern aus, denn obwohl die Nachfrage im Einzelhandel nicht übermäßig gestiegen sei, habe sich der Einzelhandelspreisindex deutlich erhöht. Diese Entwicklung treffe vor allem die Bevölkerung in den Regionen mit einem geringen Wirtschaftswachstum.

Die steigende Nachfrage nach Gold wird von Chan auch als Zeichen für die Inflationserwartungen der Bevölkerung gewertet. Wie die CEN vom 10.5.93 berichtet, stiegen aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Gold und hochwertigen elektrischen Haushaltsgeräten die Preise für diese Produktgruppen in den ersten zwei Monaten um 10%. -schü-

*(32)

Schnellere Steigerung des Energieoutputs geplant

Das hohe Wirtschaftswachstum hat gleichzeitig den Energieverbrauch beschleunigt, so daß die Energieindustrie 1992 nur zu 80% die Nachfrage befriedigen konnte. Um die Engpässe im Energiebereich zu reduzieren, kündigte der neue Energieminister Shi Dazhen eine Steigerung des Outputs durch den Bau von 57 mittleren und großen Generatoren mit einer Energieleistung von 11,44 Mio. Kilowatt in diesem Jahr an. (XNA, 25.4.93) In einem Rundschreiben an die Lokalbehörden haben fünf Ministerien und Kommissionen, darunter die Staatliche Planungskommission und die Wirtschafts- und Handelskommission, auf die Dringlichkeit der Kapazitätserhöhung im Energiebereich hingewiesen. Notwendig sei eine Zuwachsrate der Stromerzeugung, die dem wirtschaftlichen Entwicklungstempo angemessen sei. (CD, Business Weekly, 25.4.-1.5.1993, S.1)

Die derzeitige Energieproduktionskapazität von 165 Mio. Kilowatt soll bis zum Jahre 2000 auf 280 Mio. Kilowatt erhöht werden. Bis 1995 ist eine Steigerung der Stromerzeugung von 742 Mrd.kWh im Jahre 1992 (+10,3% gegenüber 1991) auf 920 Mrd. kWh vorgesehen. (XNA, 25.4.93)

Für den Ausbau der Energiekapazitäten werden Investitionen in Höhe von 69 Mrd.US\$ erforderlich, wenn zusätzliche Kapazitäten in einem Umfang von 115 Mio. Kilowatt geschaffen werden sollen. Nach Angaben von Shi Dazhen soll eine Liste mit Energieprojekten aufgestellt werden, an denen sich auch ausländische Investoren beteiligen können. Hierbei sei an den Bau von Wärme- und Wasserkraftwerken gedacht. Als Anreiz zu Investitionen im Energiesektor kann auch die vorgesehene weitere Erhöhung der

Energiepreise betrachtet werden. (CD, Business Weekly, 25.4.-1.5.1993, S.1; IHT, 7.5.93)

Im Rahmen von BOT-Verträgen (Build, Operate, Transfer) sollen ausländische Investoren Infrastrukturprojekte finanzieren, bauen und für einen bestimmten Zeitraum betreiben können, bevor sie in staatliches Eigentum übergehen. Nach diesem Modell hat der Hongkonger Geschäftsmann Gordon Wu (Hopewell Holdings) bereits ein Kraftwerk in der Provinz Guangdong gebaut und plant den Bau eines zweiten. Um die Energieknappheit zu überwinden, plant China auch, ausländische Unternehmen im Energiebereich mit 100%igem Eigentum des ausländischen Investors zuzulassen. (FT, 30.4.93) -schü-

*(33)

Rasche Entwicklung des Immobiliensektors

Nach Angaben des stellvertretenden Bauministers Zhou Ganzhi in der *Renmin Ribao* vom 27.4.93 (S.2) erlebte der Immobiliensektor im letzten Jahr eine rasche Entwicklung, und auch für das laufende Jahr werde mit seiner weiteren Expansion zu rechnen sein.

Drei Merkmale kennzeichnen die Entwicklung des Immobiliensektors:

1. Hoher Anstieg der Investitionen. 1992 betrug das Investitionsvolumen 73,1 Mrd.Yuan, 117% mehr als 1991. Der Anteil der Investitionen im Immobiliensektor an den gesamten Anlageinvestitionen erhöhte sich damit von 3,3% auf 9,64%. Auch die ausländischen Investitionen im Immobiliensektor nahmen im letzten Jahr mit einer Zuwachsrate von 228% drastisch zu. Das Volumen belief sich auf 710 Mio.US\$, ein Anteil von 3,78% der gesamten realisierten Auslandsinvestitionen. Regional betrachtet war die Steigerung der Investitionen vor allem in Hainan (+228%) und Guangdong (+211%) am höchsten, und in den Provinzen Innere Mongolei, Liaoning, Jilin, Heilongjiang, Fujian, Shandong, Henan und Guangxi betrug die Zuwachsrate im Durchschnitt über 100%. Insgesamt sahen die Küstengebiete eine schnellere Entwicklung als das Hinterland.

2. 1992 nahm die Zahl der Immobilienfirmen deutlich zu, vor allem seit Mai letzten Jahres. Insgesamt verdreifachte sich die Anzahl der Immobilienfirmen seit 1991 und beläuft sich inzwischen auf rund 12.000, von denen 2.000 Immobilienunternehmen sino-ausländische Joint Ventures und Unternehmen mit 100%igem ausländischen Kapitalanteil sind. Die Kapitalausstattung der Immobilienunternehmen soll ca. 90 Mrd. Yuan betragen, über die Hälfte hiervon entfällt auf die Unternehmen in Guangdong, Hainan und Shanghai.

3. Für 1993 wird damit gerechnet, daß der Immobilienmarkt weiter schnell wachsen wird, da der größte Teil der 1992 erschlossenen Grundstücke und noch nicht abgeschlossenen Bauprojekte zu einem Umfang von 120 Mio. m² in diesem Jahr beendet und auf dem Markt angeboten wird.

Wie die XNA am 10.4.93 berichtet, sollen 1992 rund 190 Mio. m² Wohnfläche gebaut worden sein, ein Anstieg um 57% gegenüber 1991. Verkauft wurden im letzten Jahr Häuser mit einer Wohnfläche von 42,88 Mio. m², 40% mehr als 1991. XNA nennt weiterhin eine Zahl 20.000 Firmen, die im Immobilienmarkt tätig sind und 2,4 Mio. Beschäftigte aufweisen.

Um Investoren im Immobilienmarkt besser zu schützen, soll noch in diesem Jahr ein landesweit gültiges Gesetz verabschiedet werden. Vorgesehen ist eine Regelung der Transaktionen von Grundstücken und Häusern sowie die Bewertung und Verwaltung der Immobilien. Hierdurch sollen die lokalen Bestimmungen vereinheitlicht und die bestehenden Gesetze ergänzt werden. Das geplante Gesetz, das vom Ministerium für Bauwesen vorgelegt wurde, weist inzwischen seine neunte Version auf und wird voraussichtlich vom nächsten NVK verabschiedet werden.

Außerdem wird damit gerechnet, daß die landesweite gesetzliche Regelung für die Erschließung von Grundstücken und ihre Bebauung den Rollenkonflikt zwischen dem Bauministerium und dem staatlichen Amt für die Landwirtschaft lösen wird. So wird bisher die Registrierung von Grundstücken und von Häusern von beiden Stellen

separat gehandhabt. Problematisch sei nach Einschätzung ausländischer Experten außerdem das Fehlen qualifizierten Personals für die Abwicklung von Immobiliengeschäften. (SCMP, 23.4.93)

Nach einem Bericht der XNA vom 27.4.93 wurden inzwischen 160 Sachverständige aus einer Kandidatenzahl von 400 ausgewählt, die als amtlich genehmigte Schätzer im Immobiliensektor tätig sein werden. Diese sollen die bisher von Ingenieuren, Architekten und Bauplanern ausgefüllte Funktion einer Preis- und Wertschätzung von Immobilien übernehmen. -schü-

*(34)

Dienstleistungsnetz für Arbeitslose

Die *Renmin Ribao* berichtet am 29.4.93 (S.2) über die Entwicklung eines Dienstleistungsnetzes für Arbeitslose, das in den nächsten Jahren noch schneller ausgeweitet werden soll. Dieses Netz umfaßt Arbeitsvermittlung, Ausbildung, Arbeitslosenversicherung und Betriebe, die Arbeitslose beschäftigen.

Insgesamt sollen rund 15.000 Arbeitsvermittlungsbüros (*zhiye jieshao jigou*) bestehen, allein 1992 wurden 3.672 Büros neu gegründet. Im letzten Jahr haben diese Büros 8,6 Mio. Personen einen Arbeitsplatz vermitteln können. Weiterhin gibt es landesweit 2.406 Ausbildungszentren (*jiuye xunlian zhongxin*), die jährlich 1,1 Mio. Personen eine Weiterqualifizierung bieten können. Während sich die Ausbildung im wesentlichen bisher auf noch nicht beschäftigte Jugendliche konzentriert hatte, werden jetzt auch überschüssig werdende Arbeitskräfte aus der Industrie, Arbeitslose sowie überschüssige ländliche Arbeitskräfte aufgenommen.

Das Versicherungssystem für Arbeitslose umfaßt inzwischen rund 2.000 Versicherungsorganisationen (*daiye baoxian jigou*), die im letzten Jahr 340.000 Arbeitslosen eine Unterstützung zahlten. Die Zahl der Betriebe (*laodong jiuye fuwu qiye*) die zur Beschäftigung von Arbeitslosen vor allem im tertiären Sektor [durch staatliche Großunternehmen und Verwaltungen] gegründet wurden, beträgt mittlerweile 200.000. Diese Betriebe erwirtschafteten im letzten Jahr 122 Mrd. Yuan, ab-

sorbierten 9 Mio. Arbeitskräfte und stellen ein wichtiges Instrument bei der Unterbringung von Arbeitslosen dar.

Auf einer Konferenz in Shijiazhuang (Provinz Hubei) Anfang April d.J., die sich mit der Frage der Ausweitung dieses Dienstleistungsnetzes für Arbeitslose beschäftigte, wurde eine Zahl von 2.100 Versicherungsorganisationen genannt, über die 70 Mio. Beschäftigte in 430.000 Unternehmen und sonstigen Einrichtungen in das System der Arbeitslosenversicherung eingebunden sind.

Für die Zukunft wird der schnelle Ausbau des Dienstleistungsnetzes erforderlich sein, weil von 1993 bis zum Jahre 2000 nach Expertenberechnungen rund 68 Mio. Personen in den Städten einen Arbeitsplatz erhalten müssen; allein die Staatsbetriebe würden ca. 10 Millionen Arbeitskräfte freisetzen. In den ländlichen Gebieten seien außerdem rund 200 Mio. Arbeitskräfte in neue Beschäftigungsbereiche zu überführen. Weiterhin wäre absehbar, daß immer mehr Beschäftigte ihren Arbeitsplatz wechseln wollten. (XNA, 7.4.93)

Die primäre Verantwortung staatlicher Unternehmen für die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten hat Ministerpräsident Li Peng in einem Rundschreiben des Staatsrates Ende April nochmals ausdrücklich betont. So werden die Unternehmen aufgefordert, Betriebe im tertiären Sektor für ihre überschüssigen Arbeitskräfte zu gründen, die steuerliche Vergünstigungen erhalten sollen. Solche Betriebe werden in den ersten zwei Jahren von der Steuer befreit und zahlen lediglich die Hälfte des Steuersatzes in den anschließenden drei Jahren.

Das Rundschreiben legt den Staatsunternehmen auch nahe, Ausbildungskurse für die überschüssigen Arbeitskräfte einzurichten, deren Entlohnung sie während der Ausbildungsdauer selbst bestimmen können. Außerdem sollen die Personalabteilungen den Arbeitskräften bei der Suche nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten behilflich sein. Die freigesetzten Arbeitskräfte sollen bis zur ihrer Neuvermittlung bzw. Unterbringung in den Dienstleistungsbetrieben eine Arbeitslosenunterstützung erhalten. (XNA, 29.4.93)

Die stärkere Inanspruchnahme staatlicher Unternehmen für die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze wird auch vor dem Hintergrund der Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität in den Städten als notwendig angesehen. Nach Angaben des stellvertretenden Arbeitsministers Zhu Jiazhen haben im letzten Jahr lediglich 40% der Arbeitslosen eine neue Beschäftigung gefunden; im Jahre 1991 betrug ihr Anteil noch 60%. (CD, 5.5.93)

Ein Beispiel für Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bietet die Stadt Shenyang in der nordöstlichen Provinz Liaoning. Dort haben 1992 insgesamt 2.882 staatliche Unternehmen ihr Beschäftigungssystem insoweit verändert, als sie Verträge mit den rund 700.000 Arbeitskräfte abgeschlossen haben. Im letzten Jahr wurden gleichzeitig über 7.000 Arbeitskräfte entlassen, die durch die lokale Arbeitslosenversicherung Unterstützung erhalten. Im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit erhalten die entlassenen Arbeitskräfte 75% ihres Arbeitslohnes und im zweiten Jahr noch 50%, danach entfällt die Unterstützung. 1992 zahlte die lokale Arbeitslosenversicherung Shenyangs insgesamt 1,86 Mio. Yuan an entlassene Arbeitskräfte von Staatsunternehmen. (XNA, 1.4.93) -schü-

*(35)

Rentensystem in Sichuan

Aus der Provinz Sichuan wird von Fortschritten bei der Einführung eines allgemeinen Rentensystems berichtet. Im letzten Jahr sollen 17.012 staatliche Unternehmen mit insgesamt 4,14 Millionen Beschäftigten in das neue Rentensystem einbezogen worden sein.

Das Rentensystem sieht vor, daß Beschäftigte 2-3 Yuan pro Monat und Unternehmen 2-3% der Lohnsumme in einen Fonds einzahlen, aus dem die Rentenzahlungen geleistet werden. Außerdem hat Sichuan einen Fonds auf Provinzebene eingerichtet, an den die lokalen Ebenen Beiträge abführen.

Bei einer gesamten Beschäftigtenzahl in der Industrie [nicht nur staatliche Industrie] von 64,14 Mio. im Jahre 1991 (Zhongguo Tongji Nianjian, 1992, S. 102) erscheint der Anteil der rentenversicherten Beschäftigten jedoch noch relativ gering. (XNA, 21.4.93)

Auf nationaler Ebene wurde im April eine Veränderung in der Berechnungsmethode von Rentenzahlungen beschlossen, die noch in diesem Jahr in Kraft treten soll. Die Berechnung der Renten soll auf der Basis des durchschnittlichen Lohnes, des tatsächlichen Lohnes und den Rentenversicherungsbedingungen erfolgen und Preissteigerungen berücksichtigen. Die Höhe der Rentenzahlung wird zu einem Anteil von 25% vom durchschnittlichen Lohn eines Arbeiters in der Provinz oder Stadt, in der Anspruchsberechtigte im Jahr vor seiner Pensionierung gelebt hat, abhängig sein. Weiterhin wird die Rentenhöhe bestimmt aufgrund der durchschnittlichen monatlichen Rentenbeiträge während der Dauer seiner Beschäftigung, die wiederum von den Versicherungsbedingungen und dem Lohnniveau beeinflusst werden. Anspruch auf Rentenzahlungen haben die Personen, die über einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren Versicherungsbeiträge eingezahlt haben. Der Anspruch tritt nach dem zweiten Monat der Pensionierung ein und dauert bis zum Lebensende. Außerdem erfolgt eine jährliche Rentenanpassung zum 1. Juli eines Jahres, die Veränderungen des Einzelhandelspreisindex in die Berechnung einbezieht. (XNA, 19.3.93) -schü-

*(36)

Rundschreiben des Staatsrates gegen ungenehmigte Wertpapieremissionen

Die *Renmin Ribao* geht in der Ausgabe vom 16.4.93 (S.1 u. 4) ausführlich auf das Rundschreiben des Staatsrates "Entschlossen der beliebigen Kapitalbeschaffung Einhalt gebieten, das Management bei der Emission von Obligationen stärken" ein.

In seinem Rundschreiben beklagt der Staatsrat, daß seit dem letzten Jahr viele Lokalregierungen und Unternehmen unter Umgehung der entsprechenden Vorschriften Obligationen ausgegeben und andere Mittel zur Kapitalbeschaffung eingesetzt hätten. Die Ausgabe der Obligationen weise folgende Merkmale auf: 1. sehr hohe Zinsraten, 2. vielfältige Obligationsformen und 3. ein hohes Emissionsvolumen. Die beliebige Kapitalbeschaffung nehme zu und stelle sowohl eine Gefährdung der Geldordnung als auch der sozialen Stabilität dar.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, fordert der Staatsrat in seinem Rundschreiben, wirkungsvolle Maßnahmen gegen die ungenehmigten Emissionen einzusetzen. So soll die Kontrolle über die Ausgabe von Schuldverschreibungen und der Umfang der Emissionen stärker kontrolliert werden. Die Vorgaben des Staatsrates über Genehmigungsverfahren und Quoten sollten beachtet und die genehmigten Emissionen mit vorgeschriebenen Zinssätzen durchgeführt werden. Priorität müsse der Emission von Schuldverschreibungen der Zentralregierung eingeräumt werden, die zur Finanzierung von Schlüsselprojekten der Infrastruktur bestimmt seien. Bei Verstößen gegen die entsprechenden Bestimmungen kündigte der Staatsrat an, daß die entsprechenden Organisationen kritisiert und zur Verantwortung gezogen würden.

Um den Verkauf der für dieses Jahr geplanten Schuldverschreibungen der Zentralregierung mit einem Emissionsvolumen in Höhe von 30 Mrd. Yuan zu garantieren, hatte der Staatsrat seit Beginn dieses Jahres bereits mehrere Rundschreiben erlassen, die jedoch offensichtlich von den Lokalbehörden ignoriert wurden. Hierbei ging es um das Verbot der Ausgabe sonstiger Obligationen innerhalb des Zeitraumes, in dem der Verkauf der Schuldverschreibungen der Zentralregierung durchgeführt werden sollte. Die *Renmin Ribao* gibt in ihrer Ausgabe vom 28.4.93 ein Rundschreiben des Staatsrates mit der Kritik an den Einheiten wieder, die gegen diese Bestimmung verstoßen haben.

Der am 1.3.93 begonnene Verkauf der Staatsschuldverschreibungen sollte normalerweise bis zum 30.4.93 beendet sein, doch sind bisher lediglich Schuldverschreibungen der Zentralregierung mit einem Volumen von 4 Mrd. Yuan untergebracht. Nach Einschätzung der *Financial Times* vom 10.5.93 ist die geringe Nachfrage auch auf die im Vergleich zur derzeitigen Inflationsrate [in den 35 großen Städten betrug diese im 1. Quartal 15,7%] geringe Nominalverzinsung von 11% und 10% für Schuldverschreibungen der Zentralregierung mit einer Laufzeit von fünf und drei Jahren zurückzuführen. Obwohl das Finanzministerium nunmehr die Frist verlängert habe, seien die Verkaufsaussichten nicht besonders gut, da die Preise auf dem Sekundärmarkt unterhalb des Nennwertes der Obligationen gefallen sind. -schü-